

DFV LEVERKUSEN | ELSBACHSTR. 107 | 51379 LEVERKUSEN

**An die Pressevertreter\_innen Leverkusen  
sowie die interessierte Öffentlichkeit**

---

**Antworten der Direktkandidat\_innen der LTW 2017 Leverkusen  
auf die Fragen des Deutschen Familienverbands**

**Datum:** 05.05.2017

**Ihre Ansprechpartner:** Manuel Lindlar

---

Sehr geehrte Vertreter\_innen der Leverkusener Presse,  
sehr geehrte Interessierte,

der Deutscher Familienverband in Leverkusen hat am 03.03.2017 diverse sozialpolitische Fragen an die Leverkusener Direktkandidat\_innen der Landtagswahl 2017 gestellt. **Diese Antworten übersenden wir Ihnen hiermit zur Kenntnisnahme sowie zur freien Verwendung zu Presse Zwecken.**

**Trotz Fristverlängerung zur Einreichung der Antworten vom 02.05.2017 auf den 05.05.2017 haben wir von folgenden Parteien keine Antworten erhalten:**

Alternative für Deutschland  
Freie Demokratische Partei  
Linkspartei

Mit freundlichen Grüßen

Manuel Lindlar

*i.A. 2. Vorsitzender Deutscher Familienverband Kreisverband Leverkusen e.V.  
- Regionalverband Rhein/Berg*

*Koordinierungsstelle Gemeinnützige Dienste  
Leitung / Fallmanagement*

## Fragebogen für die Leverkusener Direktkandidat\_innen der Landtagswahl 2017

Antworten nach alphabetischer Reihenfolge:

Ding, Oliver (Piratenpartei)

Lux, Eva (SPD)

Scholz, Rüdiger (CDU)

Trapphagen, Dirk (Bündnis 90' Die Grünen)

### 1. In welchen Vereinen, Organisationen, Initiativen, Behörden oder Gremien sind Sie noch tätig?

Verein freier Netzwerke e.V. (Mitglied),  
Evangelisches Altenheim Wahlscheid e.V. (Arbeitnehmer)

- Vorsitzende der SPD Leverkusen
- Bürgermeisterin der Stadt Leverkusen
- Mitglied im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren der Stadt Leverkusen
- Mitglied im Beirat für Menschen mit Behinderung in der Stadt Leverkusen
- Vorsitzende der Lebenshilfe Leverkusen e.V.
- Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss (Landtag)
- Vorsitzende des Unterausschusses Personal (Landtag)
- KG Wiesdorfer Rheinkadetten (Senatorin)
- Mitglied im Verein Wir und Leverkusen e.V.
- Mitglied Förderverein NaturGut Ophoven
- Mitglied der Arbeiterwohlfahrt Leverkusen
- Mitglied der Sozialistischen Jugend Deutschlands-Die Falken
- Mitglied der EuropaUnion Leverkusen (Beirat)
- Mitglied im VDK Kreisverband Leverkusen

Ich bin Mitglied im Rat der Stadt Leverkusen und der Bezirksvertretung I. Außerdem bin ich Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Bürgerfunk e.V., des Arbeitskreis Literatur e.V., der Partnerschaftsinitiative Leverkusener-Ratibor e.V., des Bund der Vertriebenen Leverkusen e.V. und des Fördervereins Jugendhaus Rheindorf e.V. Zudem bin ich Mitglied in zahlreichen anderen Vereinen.

ProAsyl, LSVD, Come-Together- Cup

**2. Definieren Sie in einem Satz, was der Begriff „Inklusive Gesellschaft“ für Sie bedeutet.**

Inklusiv ist eine Gesellschaft, in der sich Menschen unabhängig von körperlichen, psychischen, geistigen und biographischen Unterschieden, frei von Diskriminierung und Stigmatisierung mit den gleichen Chancen entfalten können, in der die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine umfassende Inklusion jedes Mitgliedes unserer Gesellschaft geschaffen wurden und in der die persönliche Entfaltung jedes Menschen unabhängig von wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Voraussetzungen möglich ist.

Eine inklusive Gesellschaft bedeutet für mich, dass es normal ist, verschieden zu sein, dabei dann auch voneinander zu lernen und gemeinsam Bedingungen herzustellen, dass jeder gleichberechtigt sein Leben gestalten kann.

Das bedeutet für mich, die Voraussetzungen für die gleichberechtigte und uneingeschränkte Teilnahme der Menschen mit inklusivem Bedarf am gesellschaftlichen Leben zu schaffen.

Eine „inklusive Gesellschaft“ ist dann erreicht, wenn alle Menschen gleichberechtigt und ohne Barrieren teilhaben können, unabhängig ihres Geschlechts, ihres Alters oder ihrer Herkunft, ihrer Religion oder Bildung und vor allem auch unabhängig von einer eventuellen Behinderung.

**3. Wie bewerten Sie die aktuelle Wohnraumversorgung in Leverkusen für einkommensschwache Personen und mit welchen konkreten Maßnahmen setzen sich Ihre Partei und Sie für den Sozialen Wohnungsbau ein? (Max. 5 Sätze)**

Derzeit ist eine starke soziale Entmischung im Leverkusen zu beobachten, die sich in der Konzentration von Armut in den Großwohnsiedlungen an bestimmten Standorten sowie einer intensiven Gentrifizierung, also einer Aufwertung mit weitreichenden sozialen Folgen, der innerstädtischen Altbauquartiere sowie bei Neubauten in attraktiven Gebieten wie sie sich durch die zu diesem Zweck herbeigeführte Schließung des Freibades Auermühle äußert. Dieser Entwicklung ist durch integrierte, partizipative und transparente Planung sowie stärkere Berücksichtigung sozialer Aspekte entgegenzuwirken. Kommunale Wohnungspolitik muss primär auf die Versorgung derjenigen gerichtet sein, die auf dem Wohnungsmarkt kein Angebot mehr finden oder dieses kaum mehr bezahlen können. Bei allen Wohnneubaugenehmigungen in Leverkusen, bei Mehrfamilienhäusern ab drei Wohneinheiten, muss der Anteil der Sozialwohnungen 30% der Gesamtwohnfläche betragen, in räumlicher Nähe zum Campus sollten mindestens 10% der gesamten Fläche für Studentenwohnungen bereitgestellt werden.

Oberstes Ziel für mich ist, trotz angespannter Lage auf dem Wohnungsmarkt und schwieriger Rahmenbedingungen – ein weiterer Zuwachs an Einwohnern von aktuell 166.000 auf 170.000 in 2030 wird prognostiziert – für alle Bevölkerungsschichten in Leverkusen eine angemessene Wohnraumversorgung zu erschwinglichen Preisen zu erhalten, bzw. zu schaffen und dabei einen Schwerpunkt auf Familien, Ältere und

sozial Schwache zu legen. Ich habe deshalb schon 2013 im Stadtrat für ein Maßnahmenpaket gestimmt, mit dem der Anteil an gefördertem Wohnungsbau erhöht wird und bis 2030 zusätzlich 1.000 neue Wohneinheiten als geförderte Mietwohnungen entstehen. Im Neubau sollen auf Flächen mit Eignung für den geförderten Wohnungsbau bei der Planung von mehr als zehn Wohnungen 20% und bei der Planung von mehr als 20 Wohnungen 25% der Wohnungen mit öffentlicher Förderung entstehen - auf städtischen Flächen ist diese Quote bindend, auf Flächen in Privateigentum ist sie anzustreben. Darüber hinaus ist die städtische Wohnungsbaugesellschaft WGL mit fast 6.900 Wohneinheiten und einer über Jahre sehr konstanten durchschnittlichen Kaltmiete von aktuell 5,54/m<sup>2</sup> ein wichtiges mietpreisdämpfendes Element und verfolgt derzeit Neubauprojekte in Opladen und Rheindorf mit insgesamt 82 geförderten Wohnungen. Ich könnte mir vorstellen, mit weiteren Wohnungsunternehmen vor Ort Kooperationsvereinbarungen zur Unterstützung bei der sozialen Wohnraumversorgung zu verhandeln, um dieses Ziel über das gesamte Stadtgebiet abzusichern.

Gegenwärtig ist es auch in Leverkusen schwierig, Wohnungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau er bekommen. Deshalb muss der Bau dieser Wohnungen forciert werden. Die städtisch Wohnungsgesellschaft WGL leistet hier einen wichtigen Beitrag bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Zusätzlich muss das Land die Rahmenbedingungen verbessern. Trotz vorhandener Fördermittel für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, wurden diese in den vergangenen Jahren nicht immer vollständig abgerufen.

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist mein drängendstes, soziales Thema! Laut Leverkusener Wohnungsmarktbericht ist die Lage gerade beim sozialen und preiswerten Wohnungsbau sehr angespannt. Wenn wir nicht entschieden gegensteuern, wird die Anzahl der öffentlich geförderten Wohnungen bis 2030 um ein Drittel sinken. Das Förderprogramm der Landesregierung zeigt zwar bereits positive Wirkung, sollte jedoch weiter ausgebaut und an jeweils aktuelle Entwicklungen angepasst werden. Wichtig für mich: der soziale Wohnungsbau sollte bei Neubaumaßnahmen mehr oder weniger gleichmäßig über die Stadt verteilt sein. Eine Ausweitung der Siedlungsfläche lehne ich aus ökologischen Gründen ab.

**4. Für welche konkreten Maßnahmen werden Sie auf Landesebene eintreten, um die Kommune Leverkusen finanziell zur entlasten? (Max. 2 Sätze)**

Das Land muss insb. bei der Finanzierung individueller sozialer Hilfen sowie bei der Kinderbetreuung mehr Mittel bereitstellen. Konkret sollte die von den Piraten angestrebte Kinder- und Jugendgrundsicherung vom Land finanziert werden, was zur Entlastung kommunaler Haushalte beitragen würde.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass der Stärkungspakt Stadtfinanzen erhalten bleibt und Leverkusen weiter von der finanziellen Unterstützung des Landes profitiert, denn nur mit dieser Hilfe ist es möglich, bei aller Sparsamkeit, die notwendigen Maßnahmen der Stadtentwicklung, der Investitionen in Bildung und des Ausbaus und Sanierung der Infrastruktur zu schultern. Auch weitere Fördermittel müssen nach Leverkusen fließen, um eine moderne Stadt zu entwickeln. Ich bleibe weiter dran und gebe mein Bestes, um weitere Fördergelder in die Stadt zu holen.

Wir müssen dafür sorgen, dass das Land nicht ständig weitere Aufgaben zu Lasten der Kommunen schafft. Nach dem Prinzip „Wer bestellt, der bezahlt“ muss das Konnexitätsprinzip konsequent Anwendung finden und das Land die Aufgaben finanzieren, die es den Kommunen zusätzlich auferlegt.

Wichtig ist es, dass die z.T. in die Jahre gekommene städtische Infrastruktur gerade auch mit Hilfe von Fördermitteln des Landes ertüchtigt wird. So soll z.B. das Programm „Gute Schule 2020“ unbedingt fortgeführt werden, um den Zustand von Schulen und Turnhallen zu verbessern und den digitalen Ausbau voranzutreiben.

- 5. Ihre Partei kann über die Verwendung von 60000,- Euro p.a. für sog. „Freiwillige Leistungen“ innerhalb der Kommune entscheiden. Welchen konkreten Verwendungszweck würden Sie in die Diskussion einbringen, wenn Sie die aktuelle Situation der Stadt bewerten? (Max. 2 Sätze)**

Die Mittel sollen eingesetzt werden, um eine unabhängige Inklusionsbeauftragte einzusetzen, der öffentliche Stellen wie Orts-, Stadt- und Verbandsgemeindeverwaltungen, Schulen und Kindergärten Auskünfte (unter Wahrung des individuellen Datenschutzes) erteilen müssen. Die Inklusionsbeauftragte muss zwingend bei allen Umbau- und Instandsetzungsarbeiten von städtischen Gebäuden und Einrichtungen (z.B. auch bei ÖPNV-Haltestellen im Stadtgebiet) angehört werden und die Vergabe von Wohnungen an Menschen.

Nicht die Parteien oder meine Partei, sondern die Bezirksvertretungen können über die sogenannten kleinen Investitionsmittel für konsumtive und investive Ausgaben verfügen, und damit können Vereine und Einzelinitiativen gefördert werden. Dauerunterstützungen sollen in der Regel nicht erfolgen, und die jeweiligen Anträge und Anregungen werden aus der Bürgerschaft an die Bezirksvertretungen herangetragen – und das ist auch gut so, denn diese wissen am besten, wo wieviel Geld für ihre wertvolle Arbeit vor Ort fehlt.

Ich würde diesen Betrag in die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in Leverkusen einbringen, die weitgehend auf dem ehrenamtlichen Engagement basiert und deren Projekte und Initiativen immer unterfinanziert sind.

Sollte uns eine solche Summe zur Verfügung stehen, würden wir dies allen Trägern in Leverkusen mitteilen und um Vorschläge bitten, wofür dieses Geld ausgegeben werden soll. Aus diesen Ideen würden wir das Beste auswählen.

**6. Was hat Ihre Partei im letzten Jahr konkret in der Landschaftsversammlung Rheinland umgesetzt bzw. versucht umzusetzen? (Max. 5 Sätze)**

Es wurde u.a. ein Antrag gestellt, sicherzustellen, dass nicht-institutionell-organisierte Menschen mit Behinderung bei der Wahl der Beiräte für Menschen mit Behinderung uneingeschränkt ihr aktives und passives Wahlrecht ausüben können. Es wurde erfolgreich beantragt, in dem LVR-Liegenschaften freies WLAN mittels Freifunk zur Verfügung zu stellen. Die finanzielle Entlastung der im LVR verbundenen Kommunen durch die Senkung der Landschaftsverbandsumlage geht auf eine Initiative der Fraktion Freie Wähler/Piraten zurück. Weitere Anträge befassten sich mit der Kostendeckelung des NS-Mahnmals Vogelsang sowie mit der nachhaltigen Weiterentwicklung der von ihm betriebenen Museen. Alle Initiativen finden sich unter [http://www.freiewaehler-piraten-lvr.de/?page\\_id=64](http://www.freiewaehler-piraten-lvr.de/?page_id=64).

Zum einen liegt der Schwerpunkt der Arbeit darin, die Inklusion im Rheinland zügig und zielorientiert voranzubringen. Ziel ist es, die durch die UN-Behindertenrechtskonvention festgelegten und definierten Lebensbedingungen schnellstmöglich zu schaffen, indem der aus dieser Konvention abgeleitete LVR-Aktionsplan schrittweise konsequent umgesetzt wird. Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit ist es, durch eine solide, konsequente und nachhaltige Konsolidierung des Haushaltes den Städten des Rheinlandes Planungssicherheit zu geben. Dies ist Ziel der SPD, trotz steigender Fallzahlen in der Eingliederungshilfe und ständig wachsender Aufgaben in den einzelnen Tätigkeitsfeldern des LVR.

*(Diese Frage habe ich zur Beantwortung an die CDU-Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland weitergeleitet. Die Antwort wird nachgereicht.)*

Wir haben versucht, die vom Landschaftsverband finanzierten Anlaufstellen für Menschen mit geistiger Behinderung (KoKoBes) stärker zu unterstützen, was leider die große Koalition abgelehnt hat. Erfolgreich waren wir mit unserer Initiative, mehr sozialpsychiatrische Kompetenzzentren im Rheinland einzurichten. Mit unserer Unterstützung wurde der LVR-Aktionsplan Inklusion verabschiedet, der eine fortlaufende Berichterstattung über die Aktivitäten des LVR zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention leistet.

Gelungen ist uns auch der Erhalt der Koordinationsstelle gegen Kinderarmut, die die rheinischen Jungendämter bei der Umsetzung kommunaler Präventionsarbeit unterstützen soll.

**7. Werden Sie bzw. Ihre Partei sich für Personalaufstockungen beim Fallmanagement des Landschaftsverbandes Rheinland einsetzen? Bitte begründen Sie Ihre Entscheidung. (Max. 5 Sätze)**

Die steigende Anzahl von Menschen mit Behinderung und die zunehmende Komplexität der individuellen Fälle steigendes Alter und steigende Pflegebedürftigkeit erfordert, dass sowohl für die Koordination der Fälle als auch für die konkret am Menschen geleistete Hilfe mehr Personal zur Verfügung gestellt werden muss. Angesichts der steigenden Kosten für Pflege und Betreuung müssen dafür durch Einsparungen an anderen Stellen Ressourcen geschaffen werden.

Die SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland setzt sich für ein zukunftsweisendes Personalkonzept ein. Moderne Technik, Möglichkeiten der Telearbeit und des Home-Office sind dabei ein Schwerpunkt. Arbeit soll damit lebensphasenbezogen werden und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter gefördert werden. Auch kurzfristige Personalaufstockungen, oder Umbesetzungen wurden in der Vergangenheit vorgenommen, um neue Aufgaben zielgerichtet zu erledigen. Bei entsprechender Notwendigkeit werden auch zukünftig notwendige Maßnahmen vorgenommen.

Die Arbeit muss bedarfsgerecht organisiert werden. Dazu ist vor allem entsprechend Personal zur Verfügung zu stellen.

Entscheidend ist, dass alle Menschen, die auf Unterstützung vom LVR angewiesen sind, möglichst schnell Hilfe bekommen. Nach wie vor müssen sie oft zu lange warten. Das Hauptproblem dabei ist, dass nicht alle Stellen beim Fallmanagement, die bereits eingerichtet wurden, schnell besetzt werden können. Hier haben wir in der Vergangenheit immer wieder nachgehakt. Wenn zur Umsetzung der Aufgabe weitere Stellen nötig sind, werden wir diese selbstverständlich beschließen.

**8. Wo sehen Sie die wichtigsten Handlungsnotwendigkeiten in der kommunalen und landesspezifischen Familienpolitik? (Max. 5 Sätze)**

Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens wird Lebensgemeinschaften, in denen Kinder oder schwache Menschen versorgt werden, so stärken, dass sich Familie als Keimzelle der Gesellschaft möglichst frei von Existenzängsten entfalten kann. Als ersten Schritt dahin muss das Land NRW eine Kindergrundsicherung einführen. Land und Kommunen müssen weitere qualifizierte Angebote zur Kinderbetreuung schaffen, von denen es nicht nur in Leverkusen immer noch deutlich zu wenige gibt. Dabei müssen die Bedarfe der Familien z.B. in Form von Befragungen durch das Jugendamt konkreter ermittelt werden, um die Angebote so anzupassen, dass die notwendige Wahlfreiheit für alle Familien gewährleistet wird.

Das Herzstück einer modernen Familienpolitik ist eine gute und verlässliche Kinderbetreuung und daher muss das Kinderbildungsgesetz gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen, der Träger und der Eltern sowie der Erzieherinnen und Erzieher grundlegend reformiert werden. Mit der Gebührenbefreiung für die Kernzeit in der Kita (30 Stunden) werden die Eltern finanziell entlastet. Auch muss die Unterstützung familiengerechter Unternehmen weiter in den Mittelpunkt rücken und kreative Lösungen für familiengerechte Arbeitsbedingungen - gerade in kleinen und mittelständischen Unternehmen – ermöglicht werden.

Das aktuelle Steuerrecht und die rechtliche Absicherung geht an der Lebenswirklichkeit vieler Familien vorbei, denn eine Familie ist man auch dann, wenn man nicht verheiratet ist – ohne hier die Ehe infrage stellen zu wollen. Das Ehegattensplitting unterstützt nicht die Familien mit Kindern, sondern die Ehe generell, und daher muss das Kind in den Mittelpunkt rücken und Grundlage der finanziellen Entlastung sein.

Auf Landesebene fordern wir eine strukturelle Neuausrichtung der Familienpolitik. Wir wollen mit einem Familienförderungsgesetz die rechtliche Grundlage schaffen, um Familien in Nordrhein-Westfalen gezielter als bisher zu stärken und zu unterstützen. Wir wollen einen Landesfamilienförderplan entwickeln, der kurz-, mittel- und langfristige familienpolitische Ziele festlegt. Die kommunale Ebene ist der erste öffentliche Ansprechpartner für Familien. Es ist daher unser Ziel, die Kommunen in ihrer Familienpolitik zu stärken und nachhaltig zu unterstützen und empfehlen daher, Kommunale Familienkonferenzen einzurichten.

Vor allem junge Eltern wünschen sich mehr Zeit für ihre Familie. Wir wollen kommunale Zeitbüros fördern; sie sollen der Ausgangspunkt konkreter zeitpolitischer Moderations- und Gestaltungsprozesse vor Ort sein und so die zeitliche Alltagsqualität verbessert. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser auszugestalten, werden wir; die Kindertageseinrichtung mit hoher Qualität ausbauen, die Öffnungs- und Schließtage passgenau flexibilisieren und weiterhin für familienfreundliche Arbeitszeiten werben. Damit Familien Quartiersorientiert gut beraten werden, wollen wir zudem Familienzentren zu Familienzentren plus ausbauen; das bedeutet, dass die Unterstützungsleistungen um die Bereiche Gesundheit und Arbeitsvermittlung ergänzt werden. Wir wollen die Familienvielfalt unserer Gesellschaft stärken. Familie ist für uns da wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen - das bedeutet u.a. Alleinerziehende, Regenbogenfamilien, Pflegefamilien, Familien mit Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung die Unterstützung zu geben, die sie benötigen.



**9. Wir beurteilen Sie die ratifizierten UN-Konventionen für Menschen mit Behinderung und welche Rolle spielen sie in Ihrer konkreten Arbeit? (Max. 5 Sätze)**

Das Bundesteilhabegesetz hat sein eigentliches Ziel, die Teilhabe von Menschen mit Behinderung zu sichern, verfehlt und kommt damit den Anforderungen der Behindertenrechtskonvention der UN nur unzureichend nach. Eingliederungshilfen und Assistenzen für Menschen mit Behinderung müssen einkommenunabhängig gewährt werden. Die Wahlfreiheit bei der Gestaltung der Assistenz muss sichergestellt sein. Auch Infrastruktur muss grundsätzlich bis auf die niedrigste Ebene inklusiv gestaltet werden, damit z.B. Spielplätze barrierefrei werden, Straßenseiten bequem gewechselt werden können und Notrufe auch für Gehörlose einfach möglich sind. Ich werde mich dafür einsetzen, die Gesellschaft in NRW ein gutes Stück barrierefreier zu machen.

Der Landtag hat mit dem Inklusionsgrundsatzgesetz einen roten Faden für die Inklusion in NRW geschaffen. Damit bekennen wir uns ausdrücklich zur UN-Behindertenrechtskonvention und machen deutlich, dass das Land, die Kommunen und auch andere öffentliche Träger eine Vorbildfunktion in Bezug auf die Inklusion und die damit einhergehenden Anforderungen haben. Unser Ziel ist, dass Menschen mit Behinderung von vornherein selbstverständlich zugehörig sind. Für mich als Mutter von zwei behinderten Kindern ist dieses Ziel seit vielen Jahren Teil meines Alltags.

Die Konventionen sind wichtig für die Grundlage der gesetzlichen Regelungen. So basieren die Entscheidungen zur Inklusion im Schulbereich auf einer entsprechenden Konvention.

Die UN-Behindertenrechtskonvention hat für unsere politischen Arbeit in der Landschaftsversammlung Rheinland eine herausragende Bedeutung. Mit der Ratifizierung in Deutschland haben Menschen mit Behinderung endlich eine völkerrechtliche Grundlage, um ihre berechtigten Ansprüche in der Gesellschaft, aber auch gegenüber den staatlichen Instanzen durchsetzen zu können. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass mittlerweile im Landschaftsverband bei allen Verwaltungsvorlagen der Bezug zur UN-Behindertenrechtskonvention hergestellt wird. Diese ist zu Recht Richtschnur unserer konkreten politischen Entscheidungen. Für die Umsetzung von Teilhabe aller Menschen in unserer Gesellschaft.

**10. Nennen Sie drei konkrete Maßnahmen, um verwaltungstechnische Verfahrensabläufe bei der Beantragung von Kinder- und Jugendhilfe bzw. Eingliederungshilfe zu entbürokratisieren.**

Barrierefreie Beantragungsfomulare in einfacher Sprache, die online abrufbar und auch online einzureichen sind, wären der erste Schritt. Danach würde die Einführung einer Kinder- und Jugendgrundsicherung den Antragsdschungel aufzulösen helfen. Zudem muss die Hilfe zur Pflege im Rahmen der Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe herausgenommen werden, damit das im Beruf erworbene Einkommen und Vermögen von Menschen mit Behinderung nicht vollständig aufgezehrt wird.

Diese Frage ist sehr speziell auf die Stadtverwaltung in Leverkusen ausgerichtet und setzt die Kenntnis des genauen Verwaltungsweges voraus. Generell kann ich sagen, dass ich es für falsch halten würde, auf eine Prüfung von Nachweisen zu verzichten. Ihrer Frage entnehme ich jedoch, dass Ihrer Meinung nach für Sie - und möglicherweise andere Verbände – der Aufwand zu hoch ist. Ich lade Sie daher gerne auf ein Gespräch ein und wir könnten gemeinsam eine Überprüfung anstoßen und bewirken den Aufwand zu reduzieren wo dies möglich wäre.

Ich denke, dass diese Frage praktisch nur im Kontakt mit allen Beteiligten geklärt werden kann. Ich werde mir über diesen Sachverhalt weitere Informationen einholen und eine detaillierte Antwort nachreichen. Natürlich bin ich auch jederzeit bereit, mit den Leverkusener Verbänden der freien Wohlfahrtspflege über diesen Komplex ins Gespräch zu treten.

Im Interesse der Betroffenen müssen Unterstützungsleistungen, auf die Menschen angewiesen sind, sorgfältig und korrekt getroffen werden. Manchmal kollidiert das mit dem nachvollziehbaren Wunsch der Antragsteller, eine schnelle Entscheidung zu bekommen. Zur Beschleunigung und Entbürokratisierung könnte die Einführung von so genannten „Lotsen“ führen. Dadurch hätten alle Betroffenen einen festen Ansprechpartner, der ihnen bei ihren Anliegen direkt helfen oder schnell die notwendigen Kontakte herstellen kann. Bei Folgeanträgen, die nicht mehr so ausführlich geprüft werden müssen, sehe ich eine weitere Möglichkeit schneller zu entscheiden. Und vor allem müssen die Richtlinien und Antragsformulare so gestaltet sein, dass die Menschen sie auch schnell verstehen: Einfache Sprache in der Verwaltung!

**11. Welche Handlungsstrategien favorisieren Sie, um die Gesellschaft im Hinblick auf Innovationen, Demokratiefestigkeit und sozialer Gerechtigkeit weiterzuentwickeln? (Max. 10 Sätze)**

Soziale Gerechtigkeit als Kernelement der Sozialen Marktwirtschaft ist die Basis für den Glauben der Bevölkerung an die parlamentarische Demokratie. Als Basis für eine sozial gerechte Gesellschaft in der post-industriellen Welt bietet sich das bedingungslose Grundeinkommen als geeignetste Möglichkeit an. Die dadurch gesicherte Existenz würde Freiraum für selbstbestimmte Bildung und Forschung sowie wirtschaftliche Innovation schaffen. Um die absehbar auf uns zukommenden Umwälzungen der Gesellschaft gerecht gestalten zu können, muss auch die demokratische Teilhabe ausgebaut werden. Politische Prozesse müssen transparent und unter Einbeziehung der Bürger vollzogen werden, v.a. durch Stärkung der partizipativen Elemente und Einführung eines Lobbyregisters. Damit die die Gesellschaft umfassender und vollständiger in den Parlamenten und Räten vertreten wird und damit der Bürgerwille besser abgebildet wird, sollten alle Sperrklauseln zu Wahlen abgeschafft sowie das Kumulieren und Panaschieren von Wahlvorschlägen der Parteien eingeführt werden.

Forschungsergebnisse aus NRW müssen in Zukunft noch stärker in NRW umgesetzt und wirtschaftlich genutzt werden. Deshalb muss die angestoßene Offensive beim Forschungstransfer und für Ausgründungen weiter verstärkt werden und der Innovations- und Technologietransfer zwischen den kleinen und mittleren

Unternehmen (KMU) stärker gefördert werden. Die schon bestehenden Gründer- und Technologiezentren müssen ausgeweitet und Gründungen auch durch Coachings und die Vermittlung von Risiko- und Seed-Kapital unterstützt werden.

Wir wollen auch die Landeszentrale für politische Bildung aufwerten und mit einem Kuratorium öffnen. Es muss verstärkt auf aufsuchende politische Bildung, die sozialraumorientiert arbeitet und Akteure vernetzt, gesetzt werden. Mit der SPD wird der Rahmen geschaffen, damit im Laufe der Schulzeit jeder nordrhein-westfälische Schüler und jede nordrhein-westfälische Schülerin die Möglichkeit hat, eine Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus zu besuchen. An unser integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus werden wir anknüpfen und es anhand einer Evaluation im engen Austausch, sowohl mit den staatlichen, als auch mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren, fortschreiben.

Dort, wo wir gemeinsam mit den Kommunen vor Ort aktiv geworden sind, spannen wir schon jetzt für Kinder und ihre Familien ein dichtes Netz aus kommunalen Unterstützungsleistungen und knüpfen wichtige Präventionsketten und haben seit unserer Regierungsübernahme über 200 Milliarden Euro in das Zukunftsthema Nr. 1 investiert: Kinder, Bildung und Familien. Vor allem aber schaffen wir Stellen für zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer, schulische Sozialarbeit, Erzieherinnen und Erzieher sowie Fachkräfte in Forschung und Lehre an den Hochschulen. Mit jedem Kind, das wir nicht zurücklassen, gewinnt unsere Wirtschaft einen Facharbeiter, eine Ingenieurin oder einen Unternehmensgründer mehr.

Die volle gesellschaftliche Teilhabe aller Familien muss in Nordrhein-Westfalen eine Selbstverständlichkeit sein.

Wir wollen einen Familienpass NRW einführen, mit welchem Familien der kostenlose oder kostenreduzierte Besuch öffentlicher Einrichtungen wie Schwimmbäder, Museen, Theater, Schlösser und Gärten ermöglicht wird. Auch private Anbieter wollen wir ermutigen, dem Familienpass NRW beizutreten. Ziel ist es, vor allem kinderreichen und einkommensschwachen Familien sowie Alleinerziehenden eine kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Wir wollen Kinderarmut bekämpfen und sind im Gegensatz zu SPD und Grünen der Überzeugung, dass weder neue Schulden noch staatliche Sonderprojekte die Ursachen von Armut beheben können. Der Schlüssel gegen Kinderarmut ist vielmehr eine bessere Wirtschaftspolitik, die die Potenziale Nordrhein-Westfalens freisetzt und die von Armut bedrohten Familien in Lohn und Brot bringt.

Angesichts der dramatischen Entwicklung im Bereich des Extremismus wollen wir gegen verfassungsfeindliche Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen entschlossen vorgehen – und zwar unabhängig davon, ob diese rechtsextremistisch, linksextremistisch oder islamistisch motiviert sind. Wir setzen uns mit Null-Toleranz gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus ein.

Um politische und gesellschaftliche Teilhabe von Zugewanderten zu stärken, ist eine stärkere interkulturelle Öffnung gerade im Bildungsbereich unser Ziel. Wir sind überzeugt, dass Lehrerinnen und Lehrer mit unterschiedlichen kulturellen Wurzeln wichtige Funktionen im Integrationsprozess übernehmen und als Vorbilder dienen können. Weiter müssen wir Menschen mit Zuwanderungsgeschichte stärker für den Öffentlichen Dienst gewinnen und besondere Qualifizierungen dafür entwickeln.

Mit uns gibt es in NRW eine geschützte Natur, starke Familien, innovative Wirtschaft und Mobilität, beste Bildung für alle und eine offene, solidarische Gesellschaft. Gut ausgebildete Fachkräfte, innovative Ideen; NRW ist reich an diesen Ressourcen und sorgt mit seiner beispiellosen Hochschul- und Forschungslandschaft dafür, dass sie nachwachsen. Forschung im Bereich der großen Herausforderungen und insbesondere der Nachhaltigkeit, inklusive der Bildung für nachhaltige Entwicklung, spielt für uns weiterhin eine herausragende Rolle. Wir brauchen mehr transformatives Wissen, Erfindergeist und Forschungsförderung für den sozialökologischen Wandel. Auf diese Weise wollen wir NRW zum Pionierland für nachhaltige Innovationen entwickeln. Nachhaltigkeit als Dreiklang von ökologischer Verantwortung, wirtschaftlichem Erfolg und sozialer Gerechtigkeit ist das Leitbild unserer Industrie- und Wirtschaftspolitik. Wir wollen die wirtschaftlichen Grundlagen eines guten Lebens für alle Menschen in NRW sichern bzw. dort schaffen, wo sie noch nicht ausreichend gegeben sind. Es ist nicht nur nötig und möglich, NRW in ein nachhaltiges Industrieland umzugestalten – die ökologische Modernisierung steckt auch voller wirtschaftlicher Potenziale und Chancen. Zur Stärkung unserer Demokratie setzen wir auf eine starke Zivilgesellschaft, Bürgerbeteiligung, Teilhaberechte für Kinder und Jugendliche sowie die Einführung des Kommunalwahlrechts auch für Bürger\*innen aus den Nicht-EU- Staaten. Zudem wollen wir EU-Bürger\*innen das Recht einräumen, auch auf Landesebene wählen zu können.

Wir Grüne stehen wie keine andere Partei für eine demokratische, offene und vielfältige Gesellschaft, in der kein Platz für Rechtsextremismus und Rassismus ist. Deshalb haben wir die Förderung der Beratungsstruktur und Präventionsarbeit deutlich erhöht und ein landesweites Handlungskonzept verabschiedet. Daran werden wir anknüpfen und ein Landesförderprogramm für zivilgesellschaftliche ... *(Anmerkung: Weiterer Text fehlt) ...*